

Ein großer kaiserlicher Entschluß.

Leipzig, 23. Oct. Das nachfolgende hochwichtige Telegramm aus Berlin geht uns sorben in der Rheinischen Zeitung zu. Wir brauchen demselben kein Wort hinzuzufügen; die eminente Wichtigkeit der darin verkündeten Thatfachen, sowohl was die Handlungsweise Sr. Maj. unseres hochberzogenen Kaisers, als auch die des Fürsten-Reichskanzlers betrifft, springt in die Augen, und es ist daher gewiß nur gerechtfertigt, wenn wir diese „gute Neuigkeit“ an die Spitze unseres Blattes stellen.

Das Telegramm lautet:

Berlin, 22. Oct. Soeben fuhr Kaiser Wilhelm im offenen Wagen und dem Aufschrei nach wohl und munter vom Potsdamer Bahnhofe zum Palais. Das Volk jubelte ihm zu und hatte zu diesem Jubel mehr Veranlassung, als es vielleicht wußte. Der Kaiser hat auch diesmal seine eigenen Empfindungen beiseitegesetzt und ist dem strengen Gebote der Pflicht gefolgt, indem er nach schwerem Kampfe der vom Reichskanzler in Wien inaugurierten Politik seine Zustimmung und Unterschrift erteilt hat. Von dem Tage an, wo Fürst Bismarck nach Berlin zurückkehrte, bis zu seiner Abreise nach Barzin, hat unser Staatsleben eine der schwersten Krisen durchgemacht. In der ersten Sitzung des Staatsministeriums, wo angeblich von der Reform unserer Verwaltung die Rede gewesen sein sollte, wurde über ganz andere Dinge verhandelt; der Reichskanzler und Ministerpräsident hielt einen tiefdurchdachten Vortrag über die Lage Deutschlands und Europas und über die innern und äußern Gefahren, denen es vorzubeugen und nöthigenfalls entgegenzutreten gilt. Diejenigen, die diesen Vortrag anhörten, wurden davon sehr ergriffen und versichern, wenn der Fürst öffentlich so gesprochen hätte, würde ganz Deutschland ihm zugestimmt haben.

Mit dem vielbesprochenen Vertrage zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn verhält es sich folgendermaßen: Nachdem Bismarck und Andrássy sich vollständig geeinigt hatten, wurde in Gegenwart des Kaisers Franz Joseph über diese Vereinbarung ein Protokoll aufgenommen und von diesem Protokolle zwei Exemplare ausgefertigt, jedes dazu bestimmt, von einem der beiden Kaiser unterschrieben zu werden. Das gesammte preussische Staatsministerium wurde vom Fürsten Bismarck von der Nothwendigkeit jenes hochwichtigen politischen Schrittes überzeugt und machte gemeinschaftliche Sache mit ihm. Graf Stolberg reiste nach Baden-Baden, um die Zustimmung des Kaisers zu erlangen. Für den Fall der Nichtgenehmigung lag das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers im Cabinet des Kaisers. Man kann sich denken, daß der Kaiser, der stets durch die innigste Freundschaft mit dem russischen Hofe verbunden war, sich nur sehr schwer entschloß, ein Abkommen zu genehmigen, das zwar nur friedliche Zwecke verfolgte, aber doch möglicherweise uns in einen

Kampf mit Rußland verwickeln könnte. Dem Grafen Stolberg gelang es bei seiner achtstägigen Anwesenheit, die Bedenken des Kaisers zu überwinden. Se. Maj. hat seine Zustimmung und Unterschrift erteilt. Ob dies ganz in der ursprünglich beabsichtigten Weise geschehen ist oder ob, um die Gefühle Sr. Maj. zu schonen, irgendeine Aenderung beliebt ist, lassen wir dahingestellt. Genug, es handelt sich hierbei um eine bloße Höflichkeit, auf die nur diejenigen Gewicht legen können, die den ganzen Zusammenhang nicht kennen. Allein wichtig ist, daß Kaiser Wilhelm ebenso wie Kaiser Franz Joseph seine allerhöchste Zustimmung und Unterschrift erteilt hat, und zwar, wenn wir recht unterrichtet sind, am 18. Oct. Die übrigen Mitglieder der kaiserlichen Familie sind mit den Wiener Abmachungen und der Politik des Reichskanzlers vollkommen einverstanden.

Telegraphische Depeschen.

München, 22. Oct. Die Abgeordnetenkammer lehnte nach längerer lebhafter Debatte mit großer Majorität den Antrag Daller betreffend die Einführung einer Wein- und Branntweinconsumsteuer ab. (Wiederholt.)

Baden-Baden, 22. Oct. Die Fürstin Elisabeth von Rumänien ist heute Mittag über Konstanz nach Krauchenwies zum Besuch des Fürsten von Hohenzollern abgereist.

Wien, 21. Oct. Amtliche Meldung: „Die feierliche Werbung des Königs von Spanien um die Hand der Erzherzogin Marie Christine fand am 21. Oct. durch den außerordentlichen Botschafter Herzog v. Baylen bei dem Kaiser statt. Unmittelbar nach erhaltener Zustimmung des Kaisers hat der Herzog v. Baylen das Jawort der Erzherzogin im Beisein der Mutter derselben eingeholt.“

Budapest, 22. Oct. Der Ellenbrühe über das Präliminäre des nächsten Jahres aus zuverlässiger Quelle mit, das Defizit betrage 15 Mill., mit den böhmischen Kosten 17 Mill. Fl. und einige hunderttausend; die Transportsteuer 800000 Fl. mehr als das Vorjahr; die Lotteriegewinnsteuer werde erhöht. Aus der Militärtaxe werden 2-3 1/2 Mill. Fl. erwartet. (Wiederholt.)

Sukaratz, 21. Oct. Der Senat berieth auch heute den Revisionsentwurf in den Sectionen.

Belgrad, 22. Oct. Die Regierung beschloß den Eisenbahnbau öffentlich zu vergeben und eine 10proc. Caution zu verlangen. (Wiederholt.)

Wien, 22. Oct. Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel: „In der Konferenz über die griechisch-türkische Grenzregulierungsfrage, welche heute stattfinden sollte, beabsichtigten die türkischen Delegirten ein neues Memorandum über die territorialen Zugeständnisse an Griechenland vorzulegen.“

Sarvet-Pascha bleibt erster türkischer Commissar für die Grenzregulierungsfrage. Derselbe soll auf die Ernennung zum obersten Inspector der Reformen verzichten wollen.“

Newyork, 22. Oct. Staatssecretär Evarts hat hier eine Rede gehalten und dabei unter anderem geäußert: Wenn das allgemeine Stimmrecht gefährdet sei, so werde das Volk dasselbe anrecht zu erhalten wissen wie bisher. Die Nation habe dem General Grant nach dem Seccessionskriege die höchsten Ehren verliehen. Wenn die Freiheit des Landes nochmals bedroht werden sollte, werde das Volk seine Wohlthat abermals dem Bürger anvertrauen, der die Rechte der Volkswahl am besten aufrecht erhalten könne. — Aus Mexico vom 15. Oct. wird hierher gemeldet, daß Justo Benitez, dessen Name vielfach bei der Candidatur für den Präsidentenposten genannt wurde, zum Minister des Auswärtigen ernannt worden ist.

Die Wiedergeburt der national-liberalen Partei.

Leipzig, 23. Oct. Während nach den Vorgängen im letzten Reichstage und bei den preussischen Wahlen die national- oder gemäßigliberale Partei nicht bloß von ihren Feinden so gut wie todt gesagt, sondern selbst wol von manchen ihrer Freunde nahezu aufgegeben ward, steht dieselbe plötzlich allem Anschein nach wieder lebens- und actionsfähig da, als Bundesgenossen gesucht nicht bloß von dem gemäßigten Theil der Conservativen, sondern selbst von der Regierung.

Was beweist dies? Daß der Bestand und die Wirksamkeit einer solchen Partei wie die national- oder gemäßigliberale nicht das Werk einer willkürlichen Parteibildung, sondern eine sachliche Nothwendigkeit ist.

Gibt dies aber der national- oder gemäßigliberalen Partei ein Recht, auf ihre unterwühlige Lebensfähigkeit zu pochen? Keineswegs, sondern es legt ihr nur die Pflicht auf, diese Fähigkeit dadurch sich zu erhalten, daß sie der Aufgabe, welche den Gang der Dinge selbst an sie stellt, voll und ganz entspricht.

Die national-liberale Partei ist nur zeitweise in das preussische Abgeordnetenhaus zurückgekehrt; aber sie ist, auch soweit sie wiedergewählt worden, nicht als dieselbe wiedergekommen; eine Häutierung derselben hat offenbar stattgefunden — zum Theil in den Personen selbst, zum Theil in der vorherrschenden Stimmung der Partei.

Wenn das Jahr 1866 — in Preußen wenigstens — das Geburtsjahr der national-liberalen Partei war, so wird man das Jahr 1879: hoffentlich als das Jahr einer Wiedergeburt der Partei, allerdings einer schweren und schmerzvollen, bezeichnen können.

Bei allen menschlichen Einrichtungen trifft es mehr oder weniger zu, daß ihre Entstehung fast immer bestimmend ist und bleibt auch für ihre weitere Entwicklung. Nicht bloß von den Regierungen gilt das:

Ein Brief Blücher's.

Ein Leser der Magdeburgischen Zeitung hat derselben die folgende völlig wortgetreue Abschrift eines in alter Manuscriptur gefundenen Briefes Blücher's zur Veröffentlichung eingesandt:

Verfaßte, d. 5. Oct. 1816. Mein lieber Herr Winter! Ich habe ihr Schreiben erhalten, und danke Ihnen vor das andern, die so rechtmäßige Forderungen an mich haben beruhigen sie mich, ich werde noch diesen Monat von hier nach Berlin gehen, und dann will ich sie alle befriedigen: nur Cassinillen sollen nichts haben. Mehr wie 5 Procent Zinsen zahle ich an die Administration nicht. Einbelamp und Offiziers die ich schon 2000 Thlr. auf ihre Forderung bezahlt habe haben mich auch nicht mehr angerechnet. Die Abgabe Forderung ist ganz eine Sache zwischen mich und Abg. mein Herr Koch und Bedienter die mich beide weg-gelassen ohne abschied und Pass werde ich zur verantwortung ziehen und die mehr als Insamo damalige Ministerische Regierung soll sich doch ausweisen auf welche Art sie sich erregt hat diesen vagabonden Reize zu zu erlernen. Ich bin auf Ministerianer so auf gebracht wie möglich nicht auf die Stadt und Landbewohner aber auf die Regierung und den vornehmen pöbel, meine Sachen die man mich nicht herausgeben will, werde ich schon bezahlt erhalten. Zeigen sie doch die einlage in Minister, dieser Michau wahr da zu mahl Commandant, er schrieb mich und verlangte eine Liste von meinen in Minister zurück gelassenen Sachen um sie vor mich zu sauviren, will es auch gehen haben aber man gab mich meine Sachen nicht heraus unter den vorwand man könne so lang die französischen Genserals das Schloß bewohnten es nicht da moubliren, meine Kupferstücke, und andere Sachen verschleppte man in der Stadt nun sind alle Sachen verdorben und ich mag sie nicht, aber ich werde mich vor den Verlust Rächen, ich habe mich verwundert, daß so mancher Schurke in Minister in die Colation wider ist genommen, dem König habe ich hier in Paris noch gesagt, daß die Ministerländer guht wehren

das aber die Regierung die zu der zeit bestand wie vier das Land verlohren großen Theils aus schlegten gliedern bestanden, und ich mich wunderte, daß so viele schlegte jetzt beibehalten wehren, er meinte man müsse nun ausmerzen.

Habe ich wohl verdient, daß die Ehrenten menschen das Holz, was in Minister auf den Hoff und im Keller stehen blieb, mit 300 und einge 30 Thlr. von den meiningen bezahlt magten. wie konnten diese misorabla menschen denken, daß ich auf Citation mit Napoleon von gottes gnaden anfang erscheinen oder mich einlassen, würde wen es vilie tausende Betragen so heite ich sie verloren aber mich nie vor solchen Ehrenten Richter gestellt ich werde ihnen auf die dortige Casso geb an weisen bezahlen sie den Schilling und tragen ihn auf, das er mein Porcelain guht pafen lest und nach Magdeburg absendet, wen ich davon abertirt bin, will ich meinen Sohn den Frn. v. Assaburg auf tragen, daß er es von Magdeburg holen lest nur Abio mein alter Winter ich wünsche das es ihnen wohl geht, empfehlen sie mich dem Bischof und Vincke, und vergessen sie mich nicht Bluecher.

Leipziger Stadttheater.

Leipzig, 20. Oct. Mozart's „Don Juan“ ging gestern zum großen Theil neu besetzt in Scene. Die Donna Anna gab zum ersten mal, soviel wir uns erinnern, Fr. Wibl, und zwar in durchaus edler Auffassung, voll warmer Empfindung und dramatisch belebt. In letzterer Beziehung leistete sie namentlich in der Scene an der Leiche ihres Vaters und in der Arie mit dem vorausgehenden großen Recitativ: „Du kennst den Verräther“, die sie mit Leidenschaft und großem Schwung vortrug, Bedeutendes. Im Sextett im zweiten Acte, in welchem Donna Anna bei ihrem Auftreten und in ihren ersten auf die Trauer um

ihren Vater sich beziehenden Aeusserungen von der Musik wie von einem Heiligenschein umwoben erscheint — auch in ihrer letzten Arie klingt es wie Todessehnsucht hindurch — hätte die äußere Haltung sowie der Ausdruck des Gesanges noch etwas mehr dem bezeichneten Charakter der Musik entsprechen können, der Gesang vielleicht durch eine noch gedämpftere Färbung des Tones. Im allgemeinen blieb noch — was schon bei andern Gelegenheiten vor uns bemerkt worden ist — das öftere im Interesse eines rein sinnlichen Effects angewendete Dehnen des Tones, namentlich bei Schlußfällen, hinwegzuwünschen. Solche Effectmittel wirken, besonders in Momenten, wo wir eben durch die echt künstlerische Darstellung der Sängern ergriffen worden sind, mit einem mal wie eiskaltes Wasser. Möchten doch unsere Künstler von solchen, wir können nicht anders sagen, possigen Manieren ein für allemal sich lossagen. Dr. Sigmund als Octavio bekundete in seinem Gesange entschiedene Fortschritte, namentlich in der ersten Arie; seine Tongebung, wenn auch zuweilen zum Detoniren neigend, zeigte doch größere Festigkeit. Im Sinne einer Aufmunterung war der ihm hier, wo es sich um keine anspruchsvolle Rolle handelte, zuthheil geworbene, von manchen Seiten bestrittene, Beifall wohl zu gönnen. Eine vortreffliche Leistung war die Donna Elvira von Fr. Schreiber, bei edler Haltung doch leidenschaftsvoll. Bei der musikalischen Durchführung der Rolle war das schöne Ebenmaß, die künstlerische Correctheit des Vortrages (im weitesten Sinne) wohlthuend. Mit verdientem lebhaften Beifall wurde die Wiedergabe der Arie mit vorausgehendem Recitativ: „Mich verläßt

igen Sammler
der In-
für alle drei
[1971]

79.

ubik-Meter.

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

ubik-Meter

„wie begründet, so geführt“, sondern auch von politischen Parteien. Die national-liberale Partei in Preußen ging 1866 hervor aus der Fortschrittspartei; letztere wiederum war ein ganz spezifisches Product des Verfassungskonflikts von 1861, welcher die gemäßigten oder altliberalen (Binde'sche) Partei aus dem Abgeordnetenhaus hinausdrängte und auf ihre Plätze eine Partei der entschiedenen Opposition brachte.

Von dieser Fortschrittspartei nun löste sich 1866 die national-liberale Partei ab. Sie bestand aus denen, welche die von der Regierung und speciell von Bismarck durch Vorlegung des Indemnitätsgesetzes gebotene Hand zur Versöhnung nicht zurückweisen, welche den Conflict nicht verewigen, vielmehr schließen wollten. Ihr Lösungs- und Sammelwort war die große nationale Politik Bismarck's. Weil und so lange Bismarck eine solche Politik verfolgte, hieß es, könne, ja müsse man mit ihm gehen und müsse das Vergangene vergessen. Man vergaß es auch wirklich so weit, daß man nicht allein die nationale Politik Bismarck's kräftig unterstützte, sondern der Persönlichkeit Bismarck's, der Erhaltung eines solchen Mannes an der Spitze der Reichsregierung, manche nicht leichte Opfer brachte — zwar nicht an Grundsätzen, aber doch an der augenblicklichen praktischen Geltendmachung solcher Grundsätze in ihrer vollen Schärfe.

So ward die Partei allmählich aus einer spezifisch national-liberalen zu einer gemäßigten oder, wenn man will, conservativ-liberalen im allgemeinen, zu einer Partei, die sich von ihren alten Freunden und Genossen in der Fortschrittspartei nicht mehr blos in dem Punkt trennte, daß sie vor allem das nationale Moment betonte und diesem zu Liebe Zugeständnisse machte, sondern überhaupt durch eine mehr realpolitische Haltung, dadurch, daß sie bei jeder Angelegenheit, die sie mit zu entscheiden hatte, sich selbst gleichsam erst fragte: wie würdest du handeln, wenn du diese Angelegenheit praktisch, als Regierung, zu ordnen hättest?

Infolge dessen traten allmählich immer schärfere Gegensätze zwischen den ehemals Gleichgesinnten hervor. Und hier war es nun, wo ein Theil der National-Liberalen seinen Ursprung und seine alten Wahlverwandtschaften nicht so leicht zu verleugnen oder, wenn auch zu verleugnen, doch nicht zu verschmerzen vermochte.

Diese National-Liberalen betrachteten im stillen noch immer das Opponiren und die Geltendmachung bestimmter abstracter Principien als den eigentlichen Mutterboden der ganzen „großen liberalen Partei“, zu der auch die National-Liberalen gehörten, die gemäßigten Haltung dieser letztern aber nur als eine Art von Waffenstillstand, von Vertagung weitergehender Forderungen bis zu gelegenerm Zeitpunkte; sie meinten, von Zeit zu Zeit, gleich dem Antäus, zu jenem Mutterboden zurückkehren zu müssen, um nicht die Kraft und Lebensfähigkeit einer politischen Partei einzubüßen. Die fortwährenden Angriffe und Vorwürfe der Fortschrittspartei gegen die Nationalen als „Abtrünnige“, als „von der Sache der Freiheit Abgefallene“ u. dgl., thaten dabei auch das Ihrige.

So kam es, daß die Partei vielfach ein Janusgesicht zeigte, eins, das wie sehnsüchtig zurückschaute nach der geschichtlichen Wiege der Partei, dem Fortschritt und dem Conflict, und ein anderes, das abgewendet von der Vergangenheit, nur nach vorwärts

blickte und dort den rechten Weg zum rechten Ziele suchte. So entstand ein „linker“ und ein „rechter“ Flügel.

Wesentlich anderer Art als in Preußen war die Entstehung und Entwicklung der national-liberalen Partei in den andern deutschen Staaten, ja auch in den neuen, 1866 erst zu Preußen hinzugekommenen Provinzen. Hier hatte sich schon lange, meist schon vor 1848, eine gemäßigte oder altliberale Partei von einer mehr radicalen gesondert. Das Jahr 1848 hatte zwar für kurze Zeit beide geeinigt, und zwar vornehmlich in dem Gedanken der deutschen Einheit; allein als die ihrer Majorität nach gemäßigten liberalen Nationalversammlung zu Frankfurt diesen Einheitsgedanken monarchisch-constitutionell formulirte, gingen die Radikalen größtentheils ins particularistische Lager über, sodas fast nur die gemäßigten Liberalen aufrichtige Träger des nationalen Gedankens blieben.

So kam es, daß der eigentliche Stamm und Kern der „nationalen“ Partei in den meisten deutschen Staaten von Haus aus gemäßigten liberalen war, und daß es dieser Partei dort weder eine besondere Ueberwindung, noch ein Vergessen ihres Ursprungs und ihrer eigenen Vergangenheit kostete, um auch in innern Fragen nicht radical, sondern gemäßig zu verfahren. Im Gegentheil wurden viele Radikale durch ihre Sympathien für die nationale Bewegung zu den Gemäßigten-Liberalen hinübergezogen, wurden selbst gemäßig. So hat hier in Leipzig die national-liberale Partei die früher hier vorhandene demokratische Partei, die ungefähr auf dem Standpunkte der Deutschen Fortschrittspartei stand, gewissermaßen aufgesaugt und in sich aufgenommen; so ward die „bairische Fortschrittspartei“ eine Mischung gemäßigter und weiter fortgeschrittener Elemente, die ihren Einigungspunkt im nationalen Gedanken fanden, wobei aber, wie die Führerschaft Stauffenberg's, M. Barth's und Marquardsen's bewies, das gemäßigte Element meist überwog. Ähnlich war es lange vor 1866 in Hannover und ist es noch heute in Württemberg, in Baden, in Thüringen u.

Daraus erklärt es sich denn auch leicht, warum bei den neuesten Schwankungen der Partei im jüngsten Reichstage die Mitglieder aus den andern deutschen Bundesstaaten und aus den neuen preussischen Provinzen, speciell aus Hannover, überwiegend nach rechts hin standen, die altpreussischen Mitglieder meist nach links.

Nun war es ja natürlich, daß inmitten der allgemeinen deutschen national-liberalen Partei die preussischen Elemente derselben eine gewisse bevorzugte Stellung einnahmen und ein gewisses Uebergewicht ausübten, theils ihrer Zahl wegen, theils als Repräsentanten des weitaus größten und maßgebendsten Bundesstaates. Die andern unterordneten sich selbst mehr oder weniger dieser preussischen Führung. Persönliche Vorzüge einzelner Wortführer, die der linken Seite angehörten, machten jenes Uebergewicht noch ausschlaggebender. Auch andere deutsche Länder sandten einige rednerische Talente von der gleichen Richtung. So kam es, daß der Schwerpunkt der Partei vielfach mehr nach links als nach rechts hin neigte, zum wenigsten in den Reden, wenn auch nicht in den Abstimmungen der Partei. Aber es war schon ein Uebelstand, daß nicht selten die Fraction bei den Vordebatten im Hause durch heftige Reden stark nach links hin engagirt ward und daß dann erst hinterher bei der zweiten oder gar der dritten Lesung der ruhigere Theil der Parteigenossen

so weit die Oberhand gewann, um ein gemäßigteres Votum der Fraction zu Stande zu bringen.

Ebenso war und ist es zum Theil noch mit der Presse der Partei. Diejenigen Publicationen, welche bisher als wirkliche Organe der Fraction galten, gingen und gehen noch heute, wo doch constatirt ist, daß die Mehrheit der national-liberalen Fraction im neuen Abgeordnetenhaus dem rechten Flügel angehört wird, unbeirrt und kaum mit etwas Reserve im gewohnten Fahrwasser des linken Flügels. Im übrigen zweifellos gut national-liberale Blätter, welche aber dieser Directive nicht folgten, wurden von Berlin aus förmlich excommunicirt.

Wie alles dieses auf die Stellung und Thätigkeit der national-liberalen Fraction, wie es auf deren Verhältnis zur Reichsregierung und zum Reichskanzler einwirkte, soll hier nicht im einzelnen recapitulirt werden. Daß Fehler gemacht worden, Fehler, welche den theilweisen Niedergang der Partei wesentlich mit verschuldet haben, ist zweifellos, und daß diese Fehler vornehmlich durch das zu große Uebergewicht der mehr nach links neigenden Elemente veranlaßt wurden, ist ebenfalls gewiß.

Jetzt nun ist noch einmal der Moment gekommen, wo die Partei sich äußerlich rehabilitiren kann, wenn sie sich innerlich regenerirt. Was ihr (zum Theil durch eigene Schuld) extensiv verloren gegangen, das kann sie intensiv durch rechtzeitige Erfassung und beharrliche Festhaltung eines festern Schwerpunktes als bisher wiedergewinnen.

Eins scheint uns dabei allerdings von vornherein entscheidend für diesen ganzen Neubildungsproceß. Die verjährte Tradition von der „großen liberalen Partei“ muß aufgegeben und an ihre Stelle muß der Begriff einer großen realpolitischen oder, wenn man will, regierungsfähigen Partei gesetzt werden, d. h. einer Partei, welche (wie das auch die national-liberale Partei zumeist gethan hat, nur aber nicht immer consequent und auch da, wo sie es that, mehr zögernd und widerwillig als aus ihrem eignen Princip heraus) bei jeder Maßregel, die sie entweder zu beschließen oder zu kritisiren hat, nicht so sehr danach fragt, wie sich dieselbe zu gewissen abstracten Ideen oder Forderungen verhalte, als danach, ob dieselbe, den gegebenen Verhältnissen nach, fürs Wohl des Ganzen — dies Wort im höchsten und weitesten Sinne genommen — zweckmäßig oder nicht, nothwendig oder nicht erscheine.

Es hat keine Gefahr, daß die Partei dadurch dem wahren Liberalismus abwendig gemacht oder zu einer bloßen Partei der sogenannten Opportunität (Zweckmäßigkeit) herabgedrückt werde. Der wahre Liberalismus besteht nicht in abstracten Programmfäden, sondern in der unbefangenen, einsichtigen, auf praktische Erfahrungen gestützten Ermüdung der jedesmaligen Gesamtlage des Vaterlandes und der daraus fließenden realen, zwingenden Bedürfnisse — sei es des raschern Vormarschens, sei es des zeitweiligen Innehaltens, um nicht zu überhaften, oder auch, falls schon etwas durch Ueberreilung verfehlt worden sein sollte, der besonnenen Rückbildung des Verfehlten.

Bei einer solchen Politik der Partei gleichsam aus Einem Gusse, nicht gefügt oder getrübt durch Annäherungen von anderswoher, durch Rückbeziehungen auf Früheres, bei einer Politik, die jedesmal die einzelne Frage streng in ihren Beziehungen zu den höchsten Interessen der Nation und zu den praktischen Verhält-

der Undankbare“, vom Publikum ausgezeichnet, bei welcher der überzeugende Ausdruck des Gefühls im Gesange durch das mit der Musik in schönem Einklang stehende Spiel wirksam verstärkt wurde. Hr. Monhaupt hatte den Charakter der Zerline, die, anfangs naiv und harmlos und Don Juan gegenüber schwächern, durch ihre Beziehung zu diesem mehr und mehr zur Selbstständigkeit sich entwickelt und sich ihrem Bräutigam Rosetto überlegen fühlt, in richtigen Zügen, wohl ausgearbeitet und ansprechend wieder. Doch kann man sich Zerline immer noch etwas anmuthvoller vorstellen. Hr. Alberti als Rosetto legte ein neues erfreuliches Zeugnis ab von seinem stetigen Fortschreiten. Er gab die Rolle musikalisch sicher, gewandt und in angemessener Auffassung, womit nicht gesagt sein soll, daß manche Züge nicht noch charakteristisch schärfer ausgeprägt sein konnten. Bei einem wiederholten Auftreten läßt sich das noch Fehlende ergänzen. Vorzüglich war Hr. Wiegand als Comithur; sein wichtiges Organ befähigte ihn, die letzte Scene so zur Geltung zu bringen, wie wir es lange nicht gehört haben. Ueber den Don Juan des Hrn. Schelper und den Leporello des Hrn. Reß ist nichts Neues zu sagen. Der Leistung des vom Kapellmeister Nikisch geleiteten Orchesters ist namentlich sorgfältige charakteristische Durchbildung des Vortrages nachzuräumen.

Musikalisches aus Leipzig.

** Leipzig, 22. Oct. Unser Concertinstitut Euterpe hat gestern seine Thätigkeit wieder begonnen, um uns die Herbst- und Winterabende durch Kunstgenüsse zu

verschönern. Das gestrige zahlreich besuchte Abonnementconcert führte uns die talentbegabte Violinvirtuosin Fr. Bertha Haft wieder vor, welche vor zwei Jahren hier ihre ruhmvolle Laufbahn begann und seitdem in allen Metropolen der Kunst concertirt hat. In ihrem Vortrage des Mendelssohn'schen „E-moll-Concerto“, „Airs russes“ von Wieniamowski sowie einer auf anhaltenden Applaus und Hervorruf erfolgten Zugabe bekundete sie eine Sicherheit der Bogenführung, eine Fertigkeit in den schwierigsten Arpeggien und Passagen, die man bewundern muß. Leider wurde ihr Spiel in Mendelssohn's Concert öfters von der zu starken Orchesterbegleitung übertönt. Von besserer Wirkung war die Reproduktion der zwei andern Pièces mit Klavierbegleitung. Hier kam ihr nuancenreicher Vortrag ungeschmälert zur Geltung.

Der andere Solist des Abends, Hr. Hungar aus Dresden, trug eine jetzt selten gehörte Ballade: „Archibald Douglas“ von Löwe, vor, sowie Lieder von Schubert („Der zürnende Barde“), Franz („Gewitternacht“) und Brahms („Von ewiger Liebe“). Derselbe hat sich seit seinem ersten hiesigen Auftreten bedeutend vervollkommnet. Sein Organ ist biegsamer, wohlklingender geworden. Obwohl er etwas indisponirt schien, wußte er dennoch die episch-dramatischen Momente in der Ballade sowie die lyrischen in den Liedern recht wirkungsvoll zu geben.

Das Orchester führte unter Kapellmeister Treiber's Leitung Beethoven's zweite „Leonoren“-Ouverture und Rubinstein's A-dur-Symphonie Nr. 3 vor. In der Totalität betrachtet, dürfen wir die Ausführung als sehr gut bezeichnen. Einzelheiten, z. B. ein leichteres

Staccato der Triolen in der Ouverture, einige weniger rein intonirte Töne u. dgl. hätten zwar noch etwas besser gegeben werden können, beeinträchtigten aber die Totalwirkung nicht. Der ästhetische Eindruck wurde erzielt und darf man sich als befriedigt erklären.

Von Rudolf v. Gottschall liegt ein neuer dreibändiger Roman vor: „Das goldene Kalb“ (Wecken, Trewenden), und zwar schon in zweiter Auflage, ein Beweis des lebhaften Interesses, das er alsbald auf sich gezogen. Derselbe ist, wie schon der Titel andeutet, wesentlich gegen die verderbliche Uebermacht des Mammons gerichtet, die in verschiedenen Gestalten und Situationen hier zum Vorschein kommt. Doch würde man irren, wenn man ihn für einen Tendenzroman im herkömmlichen Sinne nähme. Jener Zweck tritt keineswegs aufspringlich oder künstlich gesucht hervor, ergibt sich vielmehr ungesucht aus der ganzen Composition; auch hat der Verfasser nicht in übertrieben grellen Farben gemalt, sondern nur allzu wahre Zustände, wie sie eben sind, geschildert. Dabei läßt er uns in die mannichfachen Verhältnisse hineinblicken, die er von ihren guten und ihren bösen Seiten bald warm und gemüthvoll schildert, bald mit Witz und Humor satirisch geistet. Das freiwillige Herabsteigen des Haupthelden, des reichen Majorats Herrn Barons Ernst v. Grünhausen, in die bürgerliche Spinnerei, sogar in die Arbeiterzelle, um das Leben von allen Seiten zu studiren und auch der Arbeit ihr Recht widerfahren zu lassen, deher auch ein bißchen Borsehung zu spielen, erinnert etwas an den Rudolf in den „Mythen von Paris“; doch ist sowohl die Schilderung dieser Figur als auch das Ganze von der Raffinirtheit jenes französischen Romans weit entfernt. Der Roman ist spannend und bietet ein interessantes Sittenbild der Zeit nach den verschiedensten Seiten hin und zeigt eine gesunde Lebensanschauung sowohl da, wo er verurtheilt, als da, wo er Sympathie und Beifall spendet.

nissen in
gewiß vie
Staatsma
lich eine
beider We
gewichtige
Staatsma
selbst zw
oft allzu
Ob d
ralen Pa
unauffich
welche d
Spitze d
nungsgem
vorgenom
ziehung
auch auf
auch aus
erachtet v
Gutbefind
für das
national-
es, zu d
nach best
das haben
Die G
Auf
sieht zum
den ihr zu
betreffend
Der
chend, be
die Comm
eintreten
Im
dieser Bor
synoden h
fälligkeit
principiell
den neuer
des Ameri
lich die W
beamtet g
hat die G
zeit gestri
einmüthig
und das
Widerstre
Eine weite
nach das
tragen soll
ligen Bes
doch wird
einzuweih
die wichti
trag des
Emeritus
Mleben d
liche sich
Jahre lan
sowas selb
aus Staa
gen Provi
beiträgen
bei 4-60
und den
Kirchengen
sollen mit
und ihr ge
Kirche jug
bedenden
gemeinden
in Höhe v
Staats-Ri
sch mit d
Sache ein
beit die
Antrag
Zweifel ei
um sechs
der Entw
und möcht
Corre
hörten A
chung de
Richtung
der Ordri
ments ge
wird, zu
die Firir
900 M.,
des Bertr
derung i
bringen t
Abstand
In d
Debatte
§. 3
Pfarrer so
sonstigen
sollen.
Pfarr
einen Ant
der Inne

nissen ins Auge faßt, werden die National-Liberalen gewiß viel seltener in Differenzen mit dem großen Staatsmanne gerathen, dessen Politik ja auch wesentlich eine solche ist, werden sie aber auch, falls einmal selber Wege sich zu scheiden drohten, sicherlich einen viel gewichtigeren Einfluß auf die Entschlüsse dieses Staatsmannes ausüben können als bisher, wo sie selbst zwischen einer realen und einer idealen Politik oft allzu sehr schwankten.

Ob diese innere Wiedergeburt der national-liberalen Partei, die uns in alle Wege unabweisbar und unausschiebbar dünkt, von den anerkannten Führern, welche die Neuwahlen in Preußen abermals an die Spitze der Partei berufen haben, mit den Gesinnungsgenossen im preussischen Abgeordnetenhaus allein vorgenommen und vollendet, oder ob dafür eine Zuziehung von Vertretern und Mitgliedern der Partei auch außerhalb der parlamentarischen Fraction und auch aus den andern deutschen Ländern für nothwendig erachtet werden dürfte, das kann wol unbedenklich dem Gutbefinden ebenjener Führer anheimgegeben werden. Für das Recht aber wie für die Pflicht eines jeden national-liberalen Organs in der Presse halten wir es, zu dieser Wiedergeburt der Partei klar und offen nach bester Ueberzeugung Stellung zu nehmen. Und das haben wir hier gethan!

Die Evangelische Generalsynode in Berlin.

Auf der Tagesordnung der Sitzung vom 21. Oct. steht zunächst der Bericht der dritten Commission über den ihr zur Berathung überwiesenen Kirchengesetzentwurf betreffend das Ruhegehalt der emeritirten Geistlichen.

Der Referent der Commission, Bankpräsident v. Dehnd, berichtet über die wichtigeren Aenderungen, die die Commission an dem vorgelegten Entwürfe habe eintreten lassen:

Im ganzen und großen hat das Kirchenregiment mit dieser Vorlage das Richtige getroffen; von den Provinzialsynoden haben sich nur zwei, die rheinische und die westfälische, gegen dieselbe ausgesprochen, und diese nicht aus principiellen Gründen. Die Commission billigte einstimmig den neuen Modus der Pensionirung und der Bemessung des Emeritengehaltes, wie ihn die Vorlage vorschlägt, nämlich die Adoption des bei der Pensionirung der Staatsbeamten geltenden Principes. Abweichend von der Vorlage hat die Commission die Bedingung der zehnjährigen Dienstzeit gestrichen; diesen Schritt hat die Commission auf die einmüthige Forderung sämtlicher Provinzialsynoden gethan und das Kirchenregiment hat sich, wenn auch mit einigem Widerstreben, zur Acceptirung dieser Aenderung entschlossen. Eine weitere exceptionelle Beschränkung enthält §. 4, wonach das Ruhegehalt der Geistlichen nicht unter 900 M. betragen soll. Die Pensionirungsbestimmungen für die sonstigen Beamten enthalten eine derartige Minimalgrenze nicht, doch wird wol kaum jemand etwas gegen diese Bestimmung einzuwenden haben. Im §. 19 endlich hat die Commission die wichtige zusätzliche Bestimmung beschlossen, daß der Betrag des Pfarrereinkommens, den ein Geistlicher an einem Emeritus abzugeben hat, von dem Pensionssonds bis zum Ableben des Emeritus übernommen wird, wenn der Geistliche sich verpflichtet, den Betrag des Emeritenanteils acht Jahre lang zum Pensionssonds abzuführen. Der Pensionssonds selbst soll gebildet werden (§. 10) aus den Zuschüssen aus Staatsfonds, den Zinsen und Einkünften der bisherigen Provinzial-Emeritenszuschußfonds, den dauernden Pfarrbeiträgen (1 Proc. bei Einkommen unter 4000 M., 1 1/2 Proc. bei 4-6000 M., 2 Proc. bei mehr als 6000 M. jährlich) und den durch Umlage aufzubringenden Leistungen der Kirchengemeinden. Die sämtlichen Provinzialesmeritensfonds sollen mit dem Tage der Ausföhrung des Gesetzes aufgelöst und ihr gesamtes Vermögen dem Pensionssonds der Landeskirche zugeführt werden. Die aus andern Quellen nicht zu bedeckenden Beträge sind durch Umlagen von den Kirchengemeinden der Landeskirche aufzubringen, und zwar zunächst in Höhe von 1/2 Proc. der von den Mitgliedern gezahlten Staats-Klassen- und Einkommensteuer. Die Commission hat sich mit diesem von dem Kirchenregiment vorgeschlagenen Satze einverstanden erklären müssen, da bei dieser Gelegenheit die Frage der Beteiligung des Staates nicht zum Austrag hätte gebracht werden können, vielmehr dann ohne Zweifel eine Dinausschiebung dieses so dringlichen Gesetzes um sechs Jahre eingetreten wäre. In der Commission ist der Entwurf schließlich einstimmig angenommen worden, und möchte sich eine En-bloc-Aannahme wol empfehlen.

Correferent Frhr. v. Liliencron fügt den eben gehörten Ausführungen nur noch hinzu, daß die Streichung der zehn Jahre, d. h. der Eintritt der Verpflichtung zur Zahlung von Emeritengeldern vom Tage der Ordination an, die Zustimmung des Kirchenregiments gefunden hat. Was in Nr. 19 hinzugefügt wird, zu Gunsten der Geistlichen, ist sehr wenig, ebenso die Fixirung des Mindestbetrages der Pension auf 900 M., aber angesichts der kategorischen Erklärung des Vertreters des Kirchenregiments, daß jede Aenderung in dieser finanziellen Frage das Gesetz zu Falle bringen könnte, haben wir von höhern Sätzen vorerst Abstand nehmen müssen.

In der Specialdiscussio werden §. 1 und 2 ohne Debatte angenommen.

§. 3 bestimmt, daß die §§. 1 und 2 auf Militärpfarrer sowie auf Geistliche bei Straf-, Kranken- und sonstigen öffentlichen Anstalten keine Anwendung finden sollen.

Pfarrer Engelbert-Duisburg befürwortet hierzu einen Antrag, wonach den Anstaltsgeistlichen im Dienste der Innern Mission auf Antrag der Beteiligten die-

selben Rechte nach §§. 1 und 2 zustehen sollen, d. h. es sollen diese Anstalten als Berechtigte zu dem Pensionssonds durch Ermächtigung des Oberkirchenrathes zugelassen werden. Die Generalsynode müsse diese Gelegenheit benutzen, um ihr Votum zu Gunsten der treuen und aufopfernden Arbeit der Missionare der Innern Mission abzugeben.

Der §. 3 wird mit diesem Antrage angenommen.

§§. 4 und 5 (das Ruhegehalt steigt von 20 Achtzigsteln des Gehaltes um jährlich 1 Achtzigstel bis zum Höchstbetrage von 60 Achtzigsteln, beträgt jedoch nicht unter 900 und über 5000 M.; das Dienstalter rechnet von der Ordination an; die Zeit, während welcher ein Geistlicher vom 25. Jahre ab in einem kirchenregimentlichen Amte (Antrag Scholt) fest angestellt gewesen ist, soll auf das kirchliche Dienstalter in Anrechnung gebracht werden, gleichviel ob sie der Ordination vorausgeht oder nachfolgt) werden nach kurzer Debatte angenommen.

§§. 6-10 werden ohne Discussion genehmigt.

Zu §. 11 (Auflösung des Provinzialesmeritensfonds) liegt ein Antrag des Landschaftsrathes Holz vor, daß die Auflösung des Fonds der Oberlausitz, der von den Ständen begründet ist und verwaltet wird, erst nach Einholung des Einverständnisses der reglementsmäßigen Vertreter stattzufinden habe. Der Paragraph wird mit diesem Amendement angenommen.

Nach §. 14 soll vom Tage der Emeritirung eines Geistlichen ab dessen letzte Stelle acht Jahre lang ein Viertel ihres gesammten Pfründen- oder etatsmäßigen Einkommens an den Pensionssonds abführen. Der Paragraph findet Annahme.

§. 15 legt der Berechnung des Ruhegehaltes das wirklich bezogene, wenigstens ein Jahr lang durch Pfarrbeiträge versteuerte Einkommen zu Grunde.

Nach kurzer Debatte gelangt der Paragraph zur Annahme, desgleichen die §§. 16-23. Es wird noch eine zweite Lesung erfolgen.

Als neuen §. 24 schlägt Dr. Hildebrand vor: „Dieses Gesetz tritt erst nach Abschaffung der Stollgebühren in Kraft.“ Der Antrag wird jedoch ohne Debatte abgelehnt.

Hierauf ertheilt die Synode dem so amendirten Entwurfe in ganzen ihre Zustimmung, nimmt auch den Antrag der Commission an:

„Den Evangelischen Oberkirchenrath zu ersuchen, in der Zwischenzeit bis zur Verkündung des vorliegenden Kirchengesetzes aus Gründen der Billigkeit für die thünlichste Erhöhung der Zuschüsse aus den provinziellen Emeritenszuschußfonds zu Gunsten der jetzt lebenden emeritirten Geistlichen Sorge zu tragen.“

In der Sitzung am 22. Oct. stand auf der Tages-

ordnung zunächst der Antrag des Grafen v. Kraffow: Die Generalsynode wolle beim Oberkirchenrathe beantragen, daß derselbe bei allen Neubesetzungen erledigter Superintendenturen und bei Besetzungen von Pfarren, mit denen ein Episcopat organisch verbunden ist, oder mit welchem dasselbe nach der Absicht des Kirchenregiments verbunden werden soll, den Vorschlag des durch den Provinzialsynodalvorstand erweiterten Consistoriums der betreffenden Provinz abwarde, resp. erfordere.

Der Antrag wurde mit bedeutender Majorität angenommen.

Ueber eine Petition des Pfarrers Ebel betreffend die Selbstcommunion der Geistlichen referirt Superintendent a. D. Erdmann-Tilfit; er beantragt im Rahmen der Petitionscommission, mit Rücksicht auf die Erklärung des Oberkirchenrathes, daß im Bedürfnisfalle, wenn im Instanzenwege darum angehalten worden, die Sumtio (Selbstcommunion) gestattet ist, den Uebergang zur Tagesordnung.

Hopfprediger Kögel schlägt dagegen vor, den Oberkirchenrath zu ersuchen, das Verbot entweder im Wege der Verwaltung oder falls erforderlich im Wege der Kirchengesetzgebung aufzuheben. Antragsteller kann sich nur erklären, daß das Verbot aus einem Mißverständniß der Schmalkaldischen Artikel entstanden sei, wo aber nur verboten sei, daß der Pfarrer extra oeclesiam, außerhalb der Versammlung der Gemeinde communicire. In West- und Süddeutschland begreife man ein solches Verbot gar nicht und in der Anglikanischen Kirche sei sogar vorgeschrieben, daß der Geistliche zuerst communicire. Der Antrag Kögel wird mit großer Majorität angenommen.

Mehrere Petitionen beziehen sich auf das Zusammenfallen der Confirmation und der Schulentlassung; nach einer Verfügung der Regierung zu Potsdam könne das Schullind mit vollem 14. Lebensjahre aus der Schule entlassen werden; daraus entspreche der Uebelstand, daß ein Kind schon vor, oder erst nach der Confirmation aus der Schule entlassen werde, während doch zu wünschen sei, daß Confirmation und Schulentlassung zusammenfalle; Referent der Petitionscommission Consistorialrath Reichelm beantragt deshalb, daß zur Durchführung dieses Grundsatzes die entgegenstehende generelle Anordnung einer zweimaligen Schulentlassung (zu Ostern und Michaelis) in Betreff der Volksschule zurückgenommen werde. Oberconsistorialrath Richter erklärt sich namens des Kirchenregiments für den Antrag, der darauf mit sehr großer Majorität angenommen wird.

Um 4 Uhr vertagt sich darauf die Generalsynode. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Trauungsordnung.)

Deutsches Reich.

Man schreibt der National-Zeitung:

Ueber die Natur des Einverständnisses zwischen Deutschland und Oesterreich circuliren einzelne Versionen, welche weder dem Inhalt noch dem Charakter des Einverständnisses entsprechen. Wir glauben den Thatsachen zu entsprechen, wenn wir dem gegenüber betonen, daß eine Defensivvereinbarung für bestimmte Fälle besteht, die gelegentlich wol eine schriftliche Form annehmen könnte, wenn es sich darum handeln würde, die weiteren Folgen des eingetretenen Casus foederis zu regeln. Vorläufig, d. h. solange die betreffenden Voraussetzungen nicht eintreffen, ist weder Deutschland noch Oesterreich einer speciellen Macht gegenüber engagirt, das allgemeine Einvernehmen braucht also durch die wiener Verständigung in keiner Weise gefördert zu werden. Der bedingungsweise Charakter derselben mag es nun gerade gewesen sein, der die Veranlassung gab, dem diplomatischen Organ der deutschen Staaten über den Standpunkt der deutschen Politik in gewissen Eventualitäten Aufschluß zu geben, deren Eintritt in jüngster Zeit von der öffentlichen Meinung so allseitig erörtert wurde, daß die Regierungen der Mittelstaaten jedenfalls einen Anspruch darauf hatten, zur officiellen Kenntniß des wahren Sachverhaltes zu gelangen.

Die Neue Preussische Zeitung sagt im Hinblick auf die verschiedenen Mittheilungen über das deutsch-österreichische Bündniß: „Ganz sichere Nachrichten über die Lage der Sache stehen wol keiner Zeitung zu Gebote, da das politische Geheimniß sicherlich von den wenigen Personen gewahrt wird. Inwiefern kann man annehmen, daß, gleichviel in welcher Form, die Vereinigung mit Oesterreich erzielt worden ist, daß Deutschland und Oesterreich in politischer und wirtschaftlicher Beziehung sich eng aneinander schließen, und daß Englands Politik mit voller Sympathie diese Verständigung begrüßt. Hierdurch ist, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, eine neue Ärgerschaft für die Erhaltung und Befestigung des europäischen Friedens gegeben.“

Gegenüber den Stimmen (besonders englischen, aber auch einzelnen österreichischen), welche die Abmachungen zwischen Deutschland und Oesterreich gern zu einer möglichst unverföhlischen Feindschaft mit Rußland zuspitzen möchten, spricht sich zu unserer Freude die National-Zeitung so aus: „Auf deutscher Seite kann vernünftigerweise Rußland gegenüber kein anderer Wunsch bestehen als die Aufrechthaltung eines freundschaftlichen Verhältnisses. Wir halten diejenigen Stimmen für sehr gut autorisirt, die von deutscher wie von österreichischer Seite aus betonen, daß Rußlands Platz an der Seite der zwei Kaiserreiche stets offen ist, wenn es die Aufrechthaltung der internationalen Verträge sich gleich für seine Aufgabe setzt. Ueber die Aussichten einer solchen Politik können wir natürlich nicht aburtheilen; der Zweifel daran hat gerade zu den neuesten Abmachungen geführt.“

Der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung schreibt man aus Paris:

Der Gedanke eines Revanchekrieges und die Neigung, die internationalen Beziehungen von diesem Gedanken aus zu beurtheilen, ist gegenwärtig lebhafter als bei irgend-einer andern Partei bei den Orleansisten, doch nur bei den Personen dieser Gruppe, welche aus persönlichem Interesse einen Beruf aus der Politik machen. Diese in gesellschaftlichen Kreisen zu machende Wahrnehmung findet sich nicht nur im Soleil, dem Hauptorgan der Partei, sondern auch, freilich weniger auffallend, in andern Blättern derselben Farben bestätigt in ihren Schilderungen deutscher Zustände, in Urtheilen über die Politik des Reichskanzlers und in Lebenswürdigkeiten für den Fürsten Gortschakow. Man darf sich das wol daraus erklären, daß die Häupter der Partei diejenigen Elemente an sich zu ziehen suchen, welche in Betreff der innern Politik andern Gruppen angehören, aber kriegerischer als ihre Parteigenossen sind. Es fragt sich jedoch, ob die Führer sich dadurch nicht einen größeren Verlust in den Reihen der Industriellen und Handeltreibenden zuziehen werden, bei denen der Orleansismus eigentlich nur in einer pietätvollen Erinnerung an den Bürgerkönig mit dem Regenschirm und seine 18 Friedensjahre besteht.

Die Provinzial-Correspondenz sagt über den Tod des Staatsministers v. Bälou: „Der Kaiser und das Deutsche Reich haben einen treuen und ausgezeichneten Diener verloren. Der Staatssecretär im Auswärtigen Amt Staatsminister v. Bälou ist am Montag, 20. Oct., zu Frankfurt a. M. auf der Reise nach Cannes im südlichen Frankreich von einem Schlag getroffen worden und den Folgen desselben an dem nämlichen Tage erlegen. Den verstorbenen Minister zeichneten eine seltene Arbeitskraft, ein edler, zuverlässiger Charakter und eine vielseitige geistige Bildung aus. Dem Fürsten-Reichskanzler war er seit dem Jahre 1873, wo der Verstorbene den Posten des Staatssecretärs im Auswärtigen Amte antrat, ein bewährter Gehülfe. Die Lebenswürdigkeit seines Umgangs haben die Vertreter der fremden Regierungen nicht minder wie alle Einheimischen, die mit ihm in persönliche Berührung kamen, zu erfahren Gelegenheit gehabt.“

Aus Berlin vom 22. Oct. berichtet man der Magdeburgischen Zeitung: „Die zustehenden Ausschüsse über des Bundesrathes sind nunmehr in die Berathung den Antrag eingetreten, die 20-Pfeunigstücke ein-

zuziehen und in 2-Markstücke umzuprägen. Es haben Erhebungen über das Bedürfnis und die Verhältnisse im praktischen Verkehre stattgefunden und es ist nach alledem anzunehmen, daß der Zustimmung zu dem Antrage nichts entgegengestellt werden wird. Die Reducirung der 20-Pfennigstücke wird sich jedenfalls als eine Wohlthat herausstellen, obschon man ihre völlige Einziehung nicht vornehmen wird. Es ist bei dieser Gelegenheit auch die Frage wegen der allmählichen Einziehung der Thaler wieder in Anregung gekommen. Man hat bis vor einiger Zeit an der Annahme festgehalten, als sei die Beibehaltung der Thaler ein allgemeines und lebhaftes Verkehrsbedürfnis und es ist infolge dessen angeordnet worden, die seit einiger Zeit eingezogenen Thalerstücke wieder in den Verkehr zu bringen. Indessen ist nach kurzer Zeit ein so beträchtlicher Theil der ausgegebenen Summe wieder an die Bank zurückgekommen, daß man von einer weitern Ausgabe Abstand genommen hat. Es scheint hiernach, daß man allmählich die noch cursirenden Thaler doch auch einzuziehen wird.

Das kaiserliche Patentamt hat sich entschlossen, das von ihm herausgegebene Patentblatt dahin zu erweitern, daß dasselbe eine kurze Beschreibung und, soweit es angeht, bildliche Darstellung der ertheilten Patente bringt. Die Erweiterung soll am 1. Jan. 1880 beginnen und alle notwendigen Vorkehrungen hierzu sind bereits getroffen.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 ist das Verbot der vom communistischen Arbeiterbildungsverein in London herausgegebenen periodischen Druckschrift „Freiheit“ auch auf diejenigen Nummern dieses Blattes, welche unter der Aufschrift „Die Phalanx“ zur Ausgabe gelangen, erstreckt worden.

Preußen. Die Provinzial-Correspondenz theilt in Bezug auf den geschäftlichen Gang, welchen die Angelegenheit der Simultanisirung der Knabenschulen in Elbing genommen, Folgendes mit: „Der erzielende Bericht der Regierung zu Danzig, datirt vom 24. Sept., traf am 29. Sept. auf dem Cultusministerium zu Berlin ein; der gutachtliche Bericht des Oberpräsidenten von Westpreußen, datirt vom 29. Sept., ging dem Ministerium am 3. Oct. zu. Hierauf wurde der königlichen Regierung zu Danzig am 7. Oct. durch eine Depesche angezeigt, daß der Cultusminister sich für das Fortbestehen der katholischen Knabenschule entschieden habe, und daß der Magistrat zu Elbing von dieser Entscheidung in Kenntniß zu setzen sei. In der Depesche war eine Verfügung in Aussicht gestellt, welche unter dem Datum des 8. Oct. an die Regierung zu Danzig erging. Als hierauf eine Deputation der Gemeindebehörden von Elbing bei dem Cultusminister erschienen und mündlich beschieden worden war, richtete der Magistrat von Elbing eine durch die Deputation bereits angezeigte schriftliche Gegenvorstellung unter dem 13. Oct. an das Ministerium. Diese Vorstellung traf am 14. Oct. in Berlin ein und wurde durch einen am 15. Oct. an den Magistrat abgesendeten, vom 14. Oct. datirten Bescheid erledigt.“

Sodann gibt das officiöse Blatt den Wortlaut des Bescheids des Cultusministers:

Dem Magistrat kann ich auf die mir heute zugegangene gefällige Zuschrift vom gestrigen Tage betreffend die paritätische Einrichtung der dortigen Knabenschulen nur ergehen erwidern, wie ich weit davon entfernt bin, anzunehmen, daß andere als sachliche Erwägungen bei den von wohlwollenden in dieser Beziehung getroffenen Maßnahmen zur Geltung gekommen sind. Ich habe nach Kenntnißnahme der Sachlage in meiner an die königliche Regierung zu Danzig gerichteten Verfügung, nach welcher dieselbe ausführlichen Bescheid dorthin ergehen lassen sollte, was inzwischen wol geschehen sein wird, auch nicht umhin gekonnt, ausdrücklich anzuerkennen, daß der Magistrat Grund gehabt habe, sich dem Glauben hinzugeben, es werde nach der früher gefaßten Ueberführung der dortigen Mädchenschule in das Simultansystem auch zur paritätischen Einrichtung der Knabenschule die höhere Genehmigung nicht versagt werden, und daß demselben nicht der Vorwurf gemacht werden könne, im Hinblick auf die Entwicklung des dortigen Schulwesens und auf die von der königlichen Regierung hierzu eingenommene Haltung in der eingeschlagenen Richtung lediglich einseitig vorgegangen zu sein. Ich muß aber zur Richtigerstellung der Sachlage doch bemerken, daß von meinem Herrn Amtsvorgänger die Genehmigung zur Simultanisirung der Knabenschulen nicht ertheilt worden ist. Die Frage der dortigen paritätischen Schuleinrichtung ist vielmehr erst infolge eines im Jahre 1877 in einem öffentlichen Blatte erschienenen Artikels von hier aus aufgenommen, dann meinerseits infolge des Protestes katholischer Gemeindeglieder Elbings gegen Ende dieses Sommers der nähern Erörterung unterzogen und eine ministerielle Entscheidung vor derjenigen vom 8. Oct. überhaupt nicht getroffen worden. Wenn ich nun aber auch das Vorgehen des Magistrats bis zu einem gewissen Punkte formell als berechtigt habe anerkennen müssen, so kann doch in dem bloßen Gemährnissen der zunächst vorgelegten Behörde für mich kein Grund liegen, die allgemeinen Gesichtspunkte, welche ich in der Simultansschulfrage als maßgebend festzuhalten habe, unbeachtet zu lassen, und dies um so weniger, als ich im vorliegenden Falle auch die von dem Magistrat für die Simultanisirung der Knabenschulen im besondern geltend gemachten Gründe nicht für ausschlaggebend zu achten vermag. Was zuvörderst die in der gefälligen Zuschrift mit besonderm Nachdruck als hauptsächlichster Beweggrund für die dorther beabsichtigte Maßregel betonten we-

ten Entfernungen anlangt, welche die katholischen Knaben zurücklegen haben, wenn sie die für sie bestimmte Schule besuchen sollen, so ist dem gegenüber darauf hinzuweisen, daß sich die zunächst beteiligten katholischen Hausväter darüber nicht beschwert haben, und daß schon jetzt diejenigen unter ihnen, welche den Vortheil eines kurzen Schulweges höher anschlagen als den erzieherischen Nutzen, der darin zu finden ist, daß ihre Kinder in einer confessionell eingerichteten Schule unterrichtet werden, dieselben in die evangelischen geschickt haben und fernerhin werden dahin schicken können. Ebenso wenig kann ich den zweiten, hiezu übrigen in den gesammten Verhandlungen nicht zur Sprache gebrachten Gesichtspunkt, der sich auf die Ueberfüllung der unteren Klassen in den evangelischen Knabenschulen bezieht, ein Uebelthand, dem durch die Vereinigung derselben mit der katholischen Schule abgeholfen werden soll, für durchgreifend halten. Die drei evangelischen Schulen mit ihren 16 Klassen zählen 1301 Schüler, die katholische Schule mit ihren 6 Klassen deren 310. Der Vortheil, welcher die verhältnismäßig günstiger gestellte katholische Schule in der Vereinigung mit den weniger günstig gestellten evangelischen Schulen dem Ganzen zuführen würde, ist, wenn überhaupt vorhanden, doch jedenfalls so unerheblich, daß dies keinen zureichenden Grund für die Simultanisirung dieser Schulen abgeben kann, namentlich gegenüber der auch von dem Magistrat nicht in Zweifel gestellten Thatsache, daß die katholische Knabenschule mit ihrer Gliederung in fünf aufsteigende Klassen vollkommen im Stande ist, das der Volksschule gesteckte Lehrziel in befriedigender Weise zu erreichen. Indem ich sonach bedauere, den Wünschen des Magistrats nicht entgegenkommen zu können, gebe ich mich zugleich der Hoffnung hin, daß wohlwollende in ihrer bisherigen Verfassung verbleibenden Schulen seine Fürsorge wie bisher, so auch fernerhin bewahren wird.

Zur Simultansschulfrage wird aus Herbede mitgetheilt: „Nach einem im Jahre 1875 gefaßten Beschlusse sollte die hiesige katholische Schule aus Gründen der Zweckmäßigkeit mit der evangelischen Schule vereinigt werden. Dagegen verwahrte sich aber die hiesige katholische Gemeinde, und nachdem sich die Sache sehr in die Länge gezogen hatte, erfolgte kürzlich von dem Cultusminister v. Puttkamer der Bescheid, daß es bei der Trennung beider Schulen sein Bewenden haben sollte.“

In einem Artikel über „die gegenwärtigen Erwartungen von der Wirtschaftreform“ schreibt die Provinzial-Correspondenz:

Ohne Widerspruch darf der Anfall der Wahlen dahin gedeutet werden, daß die Mehrzahl der preussischen Wähler ihr Vertrauen zu dem begonnenen Werke und ihren Wunsch nach Vollendung desselben in dem Sinne, in welchem es begonnen worden, bekundet hat. Weil demnach das Vertrauen, welches die Mehrzahl des preussischen Volkes der Regierung bei dem unternommenen Werke gewährt, bisher nicht hat erschüttert werden können, wird seitens der Gegner ein neues, sehr auffälliges Mittel versucht, der Regierung die ihr zugewandte Gesinnung der Wähler sobald als möglich zu entfremden. Man sagt den Wählern, sie hätten von der Regierung die Anwartschaft auf einen unmittelbar bevorstehenden Aufschwung aller Verhältnisse erhalten; um dieser Anwartschaft willen hätten sie regierungsfreundliche Abgeordnete vorgezogen. An den Wählern sei es nunmehr, zuzusehen, wie sie das ihnen Versprochene erbielten und, wenn die Versprechungen sich nicht bewahrheiteten, demnach wieder zu den Gegnern der Regierung zurückzukehren.

Es werden nun zwei von dem Blatte nicht namentlich bezeichnete liberale Zeitungsstimmen als Beleg hierfür angeführt, woran die Provinzial-Correspondenz folgende Betrachtung knüpft:

Von anderer Seite scheint man beharrlicher in dem Streben, die öffentliche Meinung dadurch zu erbittern, daß man ihr einredet, sie habe ungemessene Versprechungen empfangen. Die Regierung steht diesem Bestreben mit Bedauern, aber ohne Besorgniß gegenüber. Sie vertraut auf eine vielbedeute Eigenschaft des deutschen Volkscharakters. Unser Volk weiß, daß große Verbesserungen und wahre Fortschritte sich langsam vollziehen und langsam die belohnten Früchte zeitigen. Das deutsche und insbesondere das preussische Volk hat die größten Proben abgelegt von unerklärlicher Standhaftigkeit in dem Beharren auf dem als heilig erkannten Wege, von thätiger Geduld unter schweren Verhältnissen bei langsam auftauchendem Hoffnungsstimmer. Das deutsche Volk ist weniger wie ein anderes der Lockung zugänglich: „Von dem, was ihr heute angeht, müßt ihr morgen die Früchte in den Schoß fassen.“ Die Regierung hat die Wirtschaftreform mit klarer Ueberzeugung und in fester Zuversicht unternommen, in welcher sie durch alle bisherigen Wirtungen nur bestärkt worden ist. Aber die Regierung weiß vollkommen, daß, was sie begonnen, ein Werk ist, zu dem eben nur der Grund gelegt worden, das nicht vollendet werden kann, ohne den fernern eifrigsten und willigen Beistand der Vertretungen im Reichstage und Landtage, das keine Früchte bringen kann, als durch die besonnene, von Uebertreibung und Ungebuld freie Aufnahme und Unterstützung aller Volksklassen.

N.L.C. Berlin, 22. Oct. Die Unsicherheit und Unklarheit der politischen Situation, unter welcher der Landtag eröffnet wird, zeigt sich in Gerüchten von bevorstehenden Veränderungen im Staatsministerium. Die Gerüchte gehen noch so weit, durcheinander und beruhen in den Einzelheiten augenscheinlich so sehr auf bloßer Vermuthung, daß man in den daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen nicht vorsichtig genug wird sein können. Die Bedeutung eines neuen Wechsels im Cultusministerium im gegenwärtigen Augenblick wäre allerdings unverkennbar; nach der prononcirten Stellung, die Hr. v. Puttkamer eingenommen, würde ein solcher Wechsel ein wesentliches Hinderniß hinwegräumen, das sich der Ersetzung der liberal-conservativen Majorität durch eine solche der Mittelpartei bisher in den Weg gestellt hat. Es würde damit auf Einen Schlag sowohl die parlamentarische Stel-

lung des Centrums als die der National-Liberalen in sehr wesentlicher Weise umgeändert werden. Doch, wie gesagt, augenblicklich scheinen uns diese Gerüchte noch zu verschwommen und wenig beglaubigt, als daß es sich lohnte, die Tragweite solcher Veränderungen im Staatsministerium zu erörtern.

Telegraphisch wird der Magdeburgischen Zeitung aus Berlin vom 22. Oct. gemeldet: „Es wird von der nahe bevorstehenden Entlassung des Cultusministers gesprochen. Jedenfalls soll, wie auf das bestimmteste versichert wird, sein Verbleiben im Amte augenblicklich in Frage stehen und die Entscheidung darüber in allernächster Zeit, wahrscheinlich noch vor Eröffnung des Landtages, erfolgen. Der Grund dieses unerwarteten und schnellen Wechsels im Ministerium entzieht sich natürlich noch der öffentlichen Kenntniß; nur so viel hört man versichern, daß mehr in der Art und Weise, in welcher der Minister seine Grundsätze zur Geltung brachte, als in diesen Grundsätzen selbst die Ursache seiner Entlassung zu finden sein dürfte. Es fehlt nicht an Stimmen, welche diese Veränderung im Ministerium mit dem Eintritt v. Bennigsen's in das Abgeordnetenhaus in Zusammenhang bringen. Man deutet beide Vorgänge dahin, daß der Reichskanzler der Gefahr einer übermäßigen conservativ-ultramontanen Coalition die Spitze abbrechen wolle. Was sonst über bevorstehende Veränderungen im Ministerium verlautet, wird uns auf das bestimmteste als grundlose Combination bezeichnet.“

Officiös schreibt man dagegen: „Die Gerüchte, die über abermalige Veränderungen im Staatsministerium in verschiedener Form in Umlauf gesetzt worden, sind in jeder Form ohne jeden Anhalt. Auch was von einem bevorstehenden Tausche verschiedener Portefeuilles berichtet wird, ist zu absurd, um widerlegt zu werden. Alles Betreffende ist aus der Luft gegriffen.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung erwartet alsbald beim Beginn der Landtagssession eine Klärung der Verhältnisse innerhalb der national-liberalen Fraction. Denn es sei nicht mehr thunlich, die Spaltung der Partei in einen rechten und einen (im Abgeordnetenhaus allerdings kaum vertretenen) linken Flügel der Partei zu leugnen. Erst nach einer solchen Klärung werde sich bestimmen lassen, welche Combinationen in Bezug auf Mehrheitsverhältnisse mit einem praktischen Anhalt zulässig seien, welche nicht.

Dem Kurier poznancki geht aus Rom folgende Mittheilung zu, die als aus der Feder des Cardinals Grafen Ledochowski stammend bezeichnet wird:

Die Wahlbewegung in Preußen war diesmal auf dem ganzen Gebiete des Staates sehr belebt. Wolle Gott, daß die Kammer infolge der neuen Wahlen im Centrum und in den conservativen Elementen verstärkt erscheinen könnte. Von den Abgeordneten nämlich wird größtentheils, wenn nicht hauptsächlich, die vortheilhafte Aenderung in den Verhältnissen zwischen Staat und Kirche abhängen. Fürst Bismarck scheint nach außen eine bessere Gesinnung zu documentiren; denn würde er nicht gewillt sein, den Religionsfrieden zu stiften, dann hätte er nicht die Annäherung Jacobini's erwartet. Wenn also dieser Wille des Kanzlers einem energischen Auftreten der Kammer, die die Rückgabe der Freiheit und den Frieden verlangt, entgegen, wird man einer besseren Zukunft das Herz öffnen können. Solange wir aber nichts Positives wissen, solange dürfen wir uns einer allzu großen Hoffnung nicht hingeben, und bedwegen zögere ich nicht, noch einmal zu wiederholen, daß Vorsicht und Geduld uns nöthig seien, damit wir nicht durch Täuschungen hingerissen werden, noch unser Muth wankt, es der Wille des Allmächtigen sein sollte, daß wir noch länger heimgesucht werden.

Die „Tribüne“ berichtet unterm 22. Oct.: „Im Abgeordnetenhaus fand vorgestern Abend eine Verathung von Mitgliedern der verschiedenen Fractionen statt, um sich über die Vertheilung der Plätze im Saale schlüssig zu machen. Man hat sich über folgendes Arrangement verständigt: die ganze rechte Seite bis auf die drei vordern Bänke, welche dicht neben der Rednertribüne liegen und den Polen eingeräumt sind, nehmen die Alt-, Neu- und Frei-conservativen ein. In der Mitte des Saales behält das Centrum seine alten Plätze; dagegen sind diejenigen Mitglieder dieser Fraction, welche früher ihre Plätze auf der Rechten hatten, jetzt auf die Linke herübergezogen, wo sie die früheren Plätze der Fortschrittspartei, also zwischen Präsidium und dem Haupteingang, erhalten. Die übrigen zwei Drittheile der Linken werden die Fortschrittspartei und die National-Liberalen einnehmen. Hierbei möchten wir bemerken, daß der Abg. Professor Dr. Oneist, von dem es hieß, er werde keiner Fraction beitreten, in der national-liberalen Fraction verbleiben wird.“

Die „Post“ berichtet aus Berlin: „Ausweislich der neuesten Stadtverordnetenvorlage empfiehlt die für die Anlage städtischer Friedhöfe bestellte gemischte Deputation den Gemeindebehörden, dahin zu wirken, daß die facultative Feuerbestattung zugelassen werde. Der Magistrat von Berlin erkennt die Berechtigung dieser Beschlüsse im vollen Umfange an und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, dasselbe zu thun.“

Es ist...
wer erwählt...
schall v. M...
bringt die...
Bericht aus...
Generalfeld...
Hotel-de-l'...
ergangen w...
Civilbehör...
den Präside...
Oberrabbin...
einige and...
recter der...
lassen; von...
Bankier M...
Dr. Schrid...
halter, wel...
Panzschlag...
der Tafel e...
einer der...
Mayer sah...
habt, indem...
leben, vorr...
der Gemein...
seinem Herr...
Gemeinbera...
Entgegenkor...
an den freu...
Ney und...
mühten sich...
halten. Er...
Die Gläser...
Berathung...
Mayer in...
und sagte:...
Beranlassun...
an welchem...
ernannt wu...
den, und...
für das W...
ranke dem...
erfremlich...
liege, bemü...
baren Bob...
Stathalter...
Aufhebung...
während de...
im Kreise...
Stathalter...
Wilhelm v...
Diers v. ...
den. Bald...
den sah m...
war der Le...
auf möglic...
Auch die...
teure der...
raine und...
labung gef...
Präsidenten...
halter erklä...
Bewegung...
Elsas-Loth...
empfindlich...
auch gegen...
nur dann...
wenn sie...
Auslande...
aus der...
burg zurück...
In mi...
Ernennung...
Derscomm...
bereits voll...
Ernennung...
In d...
am 21. D...
Gesegentou...
für Zeitung...
Zu der...
Rom: „D...
Disciplinar...
neuen Neup...
selben in...
Perseveranz...
dagegen sa...
nicht als...
zeichnet die...
die Entfer...
militärische...
über das...
braucht.“
* Paris...
bespricht der

Elfaß-Lothringen. Ueber das in voriger Nummer erwähnte Diner, welches der Statthalter Feldmarschall v. Manteuffel am 16. Oct. in Metz gab, bringt die Metzger Zeitung folgenden ausführlicheren Bericht aus Metz vom 17. Oct.: „Der Statthalter Generalfeldmarschall v. Manteuffel gab gestern im Hôtel-de-l'Europe ein Essen, zu welchem Einladungen ergangen waren: an die Generalität, die Spitzen der Civilbehörden, den Bischof und einige Domherren, den Präsidenten des evangelischen Consistoriums, den Oberbürgermeister, den Bürgermeisterverwalter und die übrigen andere Personen von Auszeichnung und die Vertreter der Presse. Der Bischof hatte sich entschuldigen lassen; von den Gemeinderathsmitgliedern war nur Bankier Mayer, von den Bezirksrathsmitgliedern nur Dr. Schridt erschienen. Nach Erscheinen des Statthalters, welcher jeden einzelnen der Eingeladenen durch Handschlag begrüßte, begann das Essen. Gegen Ende der Tafel erhob sich der Statthalter, zu dessen Rechten einer der Domgeistlichen, zu dessen Linken Bankier Mayer saßen, und sagte mit militärischer Kürze: Er habe, indem er die Anwesenden zur Tafel zu sich geladen, vornehmlich die Absicht gehabt, sich inmitten der Gemeindevertretung von Metz zu befinden; außer seinem Herrn Nachbar (Bankier Mayer) sei jedoch vom Gemeinderath niemand erschienen. Dieser Mangel an Entgegenkommen werde ihn jedoch nicht irremachen an den freundlichen Gesinnungen, die er für die Stadt Metz und ihre Bewohner hege; nein, nun erst recht möchte sich diese seines ganzen Wohlwollens versichert halten. Er trinke auf das Wohl der Stadt Metz. Die Gläser klangen in das dreimalige Hoch, das die Versammlung anstimmte. Bald darauf ergriff Bankier Mayer in Erwiderung dieses Trinkspruches das Wort und sagte: Frhr. v. Manteuffel habe ihm gegenüber Veranlassung genommen, zu erklären: „Mit dem Tage, an welchem ich zum Statthalter von Elfaß-Lothringen ernannt wurde, bin ich selbst Elfaß-Lothringer geworden, und ich werde deshalb auch mit allen Kräften für das Wohl des Landes thätig sein.“ Er (Redner) danke dem Statthalter für diese für das Land hoch erfreulichen Bestimmungen und werde, soviel an ihm liege, bemüht sein, diesen Intentionen im Lande fruchtbareren Boden zu verschaffen. Sein Hoch gelte dem Statthalter und dem Lande Elfaß-Lothringen. Nach Aufhebung der Tafel bewegte sich der Statthalter, während der Kaffee genommen wurde, noch längere Zeit im Kreise seiner Gäste, unter denen sich auch die mit dem Statthalter aus Straßburg gekommenen Herren Graf Wilhelm v. Bismarck (zweiter Sohn des Reichskanzlers), Oberst v. Strang und Ministerialrath Jordan befanden. Bald mit diesem, bald mit jenem der Anwesenden sah man den Statthalter im Gespräche; sichtlich war der letztere bemüht, sich durch directe Anknüpfung auf möglichst vielen Gebieten selbst zu informieren. Auch die Vertreter der Presse (es waren die Redacteure der Lothringischen Zeitung, der Gazette de Lorraine und der Metzger Zeitung der ergangenen Einladung gefolgt) ließ sich der Statthalter durch den Präsidenten von Lothringen vorstellen. Der Statthalter erklärte, er sei von jeher ein Freund der freien Bewegung der Presse gewesen, er werde ihr auch in Elfaß-Lothringen freien Spielraum lassen und nicht empfindlich sein, wenn sich deren Tendenz gelegentlich auch gegen die Regierung, ja gegen ihn selbst lehre; nur dann würde er unnahezu ihr entgegengetreten, wenn sie Boden und Fühlung jenseit der Grenze, im Auslande suchte. Erst spät jagte sich der Statthalter aus der Gesellschaft zurück, um bald darauf nach Straßburg zurückzukehren.“

— In militärischen Kreisen wird versichert, daß die Ernennung des Statthalters v. Manteuffel zum Oberstcomandirenden der reichsösterreichischen Truppen bereits vollzogen sei und nur die Publication dieser Ernennung noch ausstehe.

Oesterreich-Ungarn.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 21. Oct. brachte der Abgeordnete Handrik einen Gesegentwurf betreffend die Aufhebung des Stempels für Zeitungen und Kalender ein.

Italien.

Zu der Affaire Cialdini telegraphirt man aus Rom: „Mehrere italienische Blätter verlangen eine Disciplinaruntersuchung wegen der im Figaro erschienenen Aeußerungen des Generals Cialdini; daß dieselben in der That von Cialdini herrühren, wird der Perseveranza und dem Fanfulla telegraphisch bestätigt, dagegen sagt das officöse Diritto, es sei dies noch nicht als erwiesen zu betrachten. Die „Capitales“ bezeichnet die Unterredung als Hochverrath und verlangt die Entfernung Cialdini's aus dem diplomatischen und militärischen Dienste. Die Presse aller Parteien ist über das Verhalten Cialdini's auf das höchste aufgebracht.“

Frankreich.

* Paris, 21. Oct. Das Journal des Débats bespricht den Ministerwechsel in Konstantinopel.

„Er kam“, schreibt das Blatt, „nicht unerwartet; allein man war nicht eines so vollständigen Umschwungs gewärtig. Die Verabschiedung Savfet-Pascha's schien schon seit langer Zeit im Kopfe des Sultans festzusetzen, aber in Konstantinopel schien man die Rückkehr Rhereddin-Pascha's ans Kubur nicht für ganz unwahrscheinlich zu betrachten. Nun aber sind heute die Ideen, deren Vertreter der vormalige Minister des Bei von Tunis ist, in den Rätthen des Sultans völlig in Ungunst gefallen. Die Männer, die eben erst ins Cabinet berufen worden, sind in der That die erklärtesten und hartnäckigsten Widersacher jedweden Reformplanes. Sie haben beinahe alle ohne Ausnahme eine Vergangenheit, die man bloß zu befragen braucht, um sich zu überzeugen, wohin sie die Türkei wol führen dürften. Der neue Großvezir Said-Pascha, einer der unheilbringendsten Rathgeber des Sultans, den durchaus kein Einfluß aus dem kaiserlichen Palast hat vertreiben können, hat unter keinem Ministerium aufgehört, der westlichen Politik Schach zu bieten, ebensowol, als diese mit England das Werk der Reorganisation von Kleinasien betrieb, als zur Zeit, wo sie mit Frankreich die Lösung der griechischen Frage anstrebte. Der Sultan hat in Said-Pascha zu jeder Zeit ein unumschränktes Zutrauen gesetzt und von nah oder fern mit ihm die innigsten Beziehungen gepflogen. Was aber vor allen Dingen diese neue Ministercombination charakterisirt, das ist der Eintritt von Mahmud-Redim ins Ministerium des Innern. Was hat man nicht seit einem Jahre versuchen müssen, um den Sultan zu verhindern, ihn aus einer allzu wohlverdienten Verbannung zurückzurufen! Rhereddin hat dabei einen großen Theil seines Einflusses eingebüßt, und wenn mit Hilfe des Hrn. Sayard es ihm auch gelang, seinen Eintritt ins Ministerium zu verschieben, so konnte er es doch nicht dahin bringen, daß der Anstifter des Decrets vom 6. Oct. 1877 noch länger aus Konstantinopel verwiesen blieb. Said-Pascha, der zum Minister des Auswärtigen wird, war der zweite Bevollmächtigte der Türkei bei der Commission zur Rectification der Grenzen. Die Hellenen haben keinen heftigeren Gegner als diesen Griechen, der bei der Pforte in Dienst getreten ist, und die versöhnlichen Traditionen Savfet-Pascha's laufen große Gefahr, bei seinem Nachfolger nicht sehr in Gunst zu kommen. Osman-Ohazzy verbleibt wahrscheinlich Kriegsminister, da ihm kein Nachfolger bezeichnen wird. Seit mehreren Monaten hatte er mit Said-Pascha gemeinschaftliche Sache gemacht und war beim Sultan der hartnäckigste Widersacher der Politik Savfet-Pascha's in der griechischen Angelegenheit. Savfet, dessen vortreffliche Absichten und Rechtschaffenheit von jedermann anerkannt waren, wird kraft einer Maßregel bitterer Ironie zum Generaldirector der Reformen. Man darf wol sagen, daß, wenn es je einen Minister ohne Portefeuille gegeben hat, so ist es sicherlich der letztgenannte. Die Ernennung von Djevdet-Pascha zum Justizminister hat auch ihren ganz besondern Geschmack. Immerhin aber kann nicht geleugnet werden, daß der Antritt von Said-Pascha und Mahmud-Redim ans Kubur die schon so wankende Situation der Türkei noch gefährlicher macht.“

Das Journal du Loiret berichtet: „Eine ernste Nachricht, deren Richtigkeit wir garantiren, ist die, daß Preußen, Rußland, Oesterreich und Italien über- eingekommen sind, in Paris eine specielle Polizei zu gründen; welche sie über das Treiben der Socialisten und über die Fortschritte des Zusammengehens derselben mit den Revolutionären im Auslande informieren soll. Spanien hat sich diesem Abkommen nur wegen Geldmangels nicht angeschlossen. Die Kosten dieser Organisation, welche auf den weitesten Grundlagen basirt ist, sollen sehr bedeutend sein. Ein Démenti dieser Nachricht erscheint kaum nöthig.“

Abermals sind 12 Maires der Vendée und 3 der Marne wegen Beteiligungen an royalistischen Banketen vom Amte entfernt worden. Das Rundschreiben Leroyer's an die Staatsprocuratoren wirkt also noch nicht, ja, die Sprache der Communards und ihrer Genossen ist frecher und herausfordernder als je.

Gestern wurde der Arbeitercongrès in Marseille eröffnet; 126 Delegirte waren zugegen. Drei Frauen wurden zu Mitgliedern des Bureau gewählt. Die Rede des Präsidenten Durand, sagte, der Congreß habe vor allem die praktischen Mittel zu suchen, das ganze Proletariat zu gruppiren, die Solidarität festzustellen und den Geist der Einigung, der Entrathen und der Brüderlichkeit unter den Arbeitern einzuführen. Ein Delegirter von Marseille dringt auf die Nothwendigkeit, die Arbeiterpartei zu gründen, und glaubt, eine der ersten Bedingungen müsse die genaue Kenntniß der Kräfte des französischen Proletariats sein, über die man beim Kampfe gegen das Bürgerthum verfügen kann.

Großbritannien.

* London, 21. Oct. Ueber die jüngste türkische Ministerkrisis sagt der Daily Telegraph: Said-Pascha und Mahmud-Redim-Pascha seien die Vorkämpfer für des Sultans autokratische Gelüste und

für die ministerielle Unverantwortlichkeit. Es sei zwar nicht wahrscheinlich, daß Mahmud-Redim sofort eine innige Allianz mit Rußland befürworten werde; allein so viel sei sicher, daß er sich nicht an England und seine Politik anlehnen und keine Wege einschlagen werde, die der türkischen Misregierung ein Ziel setzen. Die Ernennung des schwachen und energielosen Savfet-Pascha zum Generaldirector für Einführung der Reformen sei ein sicheres Unterpfand, daß eine baldige Besserung der türkischen Zustände nicht zu erwarten sei.

Die Times meint, Mahmud-Redim verdanke seine Gunst bei dem Sultan dem Widerwillen des letztern gegen fremde Einmischung; durch seine Tendenzen und Haltung werden die guten Absichten des neuen Großvezirs Said-Pascha sicher contrabalancirt werden; ein längerer Bestand eines so zusammengesetzten Ministeriums sei nicht denkbar; vor allem bleibe die Hauptfrage, die finanzielle, dadurch ungelöst.

Der wiener Correspondent des Standard telegraphirt, daß die Absicht der Neubildung des türkischen Ministeriums und die Namen der erwählten Minister den europäischen Cabineten einige Tage vorher mitgetheilt worden sei, und daß der Glaube vorherrsche, die Kenntniß dieser beabsichtigten Aenderung habe auf den Rußland und die türkischen Angelegenheiten betreffenden Theil der von Salisbury in Manchester gehaltenen Rede einigen Einfluß ausgeübt.

Belgien.

Aus Brüssel vom 20. Oct. wird der Kölnischen Zeitung geschrieben: „Der Unterrichtsminister hat sämtliche Elementarschulinspectoren um sich versammelt gehabt und ihnen sehr genaue Anweisungen über die Stellung der Lehrer erteilt. Die Regierung widmet diesen Beamten die treueste Fürsorge und hat ihnen unter anderm die Befugniß eingeräumt, ihre etwaigen Beschwerden direct beim Minister anzubringen.“

Rußland.

Der Wiener Abendpost berichtet man aus Petersburg vom 17. Oct.: „Der Vertrag mit China ist in Livadia unterzeichnet worden und der chinesische Bevollmächtigte Tsun-Hon ist hierher zurückgekehrt. Der Rußland gebliebene kleine Theil der Muprovins ist der beste und fruchtbarste. Hier soll eine Grenzfestung angelegt werden, um die einwandernden Tarantischen zu schützen. Uebrigens trägt der neue Vertrag den Chinesen gute Früchte. Bei dem bevorstehenden Kriege zwischen China und Japan soll nämlich die chinesische Handelsflotte unter russischen Schutz gestellt werden. Der Generalgouverneur von Westsibirien hat bereits einen Beamten nach Westchina geschickt, um Auskunft einzuziehen, an welchen Orten am passendsten russische Consulate zu errichten wären. — Die Ernennung des Staatssecretärs v. Hamburg er zum Geandten in der Schweiz wird als ein bedeutendes Ereigniß angesehen. Hr. v. Hamburger, eine höchst achtbare und geachtete Persönlichkeit, galt als die rechte Hand und Vertrauensmann des Kanzlers, er war dessen vorzüglichster Mitarbeiter.“

Donaufürstenthümer.

Aus Wien vom 21. Oct. schreibt man der „Post“: „Seit einigen Tagen circuliren allerlei Gerüchte über bevorstehende oder auch schon abgeschlossene Allianzen zwischen den Fürsten auf der Balkanhalbinsel. Man glaubt hier Ursache zu haben, alle derartigen Gerüchte auf willkürliche Erfindungen zurückzuführen.“

Königreich Sachsen.

Dresden, 21. Oct. In der letzten Plenarsitzung des Stadtrathes stand unter anderm der Voranschlag für den Betrieb des städtischen Wasserwerkes auf das Jahr 1880 auf der Tagesordnung. Zum ersten mal ist die Verwaltung des Wasserwerkes in der Lage, einen Ueberschuß zu erreichen. Ist derselbe auch noch unbedeutend, so ist dieses Resultat doch ein sehr erfreuliches, da es einen neuen Beweis von der Anlage und den praktischen Betriebsbestimmungen des Werkes gibt. Als Gesamtsumme sind für 1880 621040 M. eingestellt, darunter 544700 M. als Ertrag der Wasserabgabe von Privaten und 69450 M. für Wasser zu öffentlichen Zwecken. Dieser Gesamtsumme steht eine Ausgabe von 613700 M. gegenüber, sodas ein Ueberschuß von 7340 M. zu erwarten steht, während für dieses Jahr noch ein Zuschuß von 35359 M. aus der Stadtkasse eingestellt werden mußte. Der Rath genehmigte den Voranschlag und beschloß bezüglich der Verwendung des Ueberschusses denselben zur Rückzahlung der früher aus der Stadtkasse geleisteten Zuschüsse zu verwenden. Aus den übrigen Berathungsgegenständen ist noch das dem Collegium vorgelegene Project einer neuen Pferdebahnlinie zu erwähnen. Der Ingenieur Parrish aus London hat um die Concession zur Errichtung einer Straßenbahn auf der Linie Postplatz-Annenstraße-Falkenstraße über die Falkenstraßenbrücke nach der Chemnitz Straße

Leipziger Börse. 23. Oct.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, London, and Paris.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, listing titles, denominations, and prices.

Bank-Discount.

Table of bank discount rates for various banks and locations.

Bank-Stamm-Akt.

Table of bank shares and their prices.

Table of foreign bonds and securities, including titles and prices.

Eisenbahn-St.-Fr.-Actien.

Table of railway shares, listing companies and their share prices.

Bank- u. Credit-Actien.

Table of bank and credit shares, listing institutions and their share prices.

Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.

Table of industrial shares and priority securities, listing companies and their share prices.

Ausländische Fonds.

Table of foreign funds and securities, listing titles and prices.

Table of foreign bonds and securities, including titles and prices.

Intl. Eisen-Prior.-Obl.

Table of international iron priority bonds, listing titles and prices.

Ansl. Eisen-Prior.-Obl.

Table of Austrian iron priority bonds, listing titles and prices.

Kohlen-Act. u. Prior.

Table of coal shares and priority securities, listing titles and prices.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Freitag, 24. Oct. Don Juan. Oper in 2 Acten von Mozart. (286. Abonnements-Vorstellung.)

Altes Theater. Freitag, 24. Oct. Der Staatsanwalt. Schauspiel in 4 Aufzügen von H. Meiß. — Sonnabend, 25. Oct. Boccaccio.

